



HESSISCHER LANDTAG

27. 02. 2018

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Vorstoß der Bundesregierung zum ÖPNV-Nulltarif in Hessen aufgreifen - Anhörung zum Verzicht auf Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen bei Bus und Bahn

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung, die einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als Maßnahme zur Luftreinhaltung in Erwägung zieht.
2. Ein Verzicht auf die Erhebung von Fahrgeldern wäre nach Auffassung des Landtags aus mehreren Gründen sinnvoll: Durch eine Attraktivitätssteigerung gegenüber dem Pkw-Verkehr würde der Ausstoß von Schadstoffen und Klimagasen gesenkt werden. Außerdem wäre ein kostenloser ÖPNV ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Mobilität, unabhängig vom Einkommen und unabhängig vom Besitz eines eigenen Kraftfahrzeugs.
3. Der Landtag stellt fest, dass ein Verzicht auf die Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen möglich wäre. Schon heute decken diese nur etwa die Hälfte der Kosten für den Betrieb von Bus und Bahn im Land. Durch eine Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils und ggf. die Einführung von Umlagen wie Unternehmensabgaben wäre eine solidarische Finanzierung denkbar.
4. Der Landtag beschließt daher, eine Anhörung über die Umsetzungsmöglichkeiten und notwendigen rechtlichen Instrumente eines Verzichts auf die Erhebung von Nutzerentgelten im Öffentlichen Personennahverkehr abzuhalten.

Wiesbaden, 27. Februar 2018

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler